

## „Man kann sich nicht kaputt sparen“

Grundsteuer: Neue Koalition sieht Kürzungen in der Verwaltung als ausgereizt an

**Mörfelden-Walldorf. SPD, Freie Wähler und FDP planen, wie berichtet, zum neuen Jahr die Grundsteuer B von 595 auf 790 Punkte anzuheben. Nachdem sich die Opposition schnell mit deutlicher Kritik zu Wort meldete, hat der Freitags-Anzeiger nun bei der neuen Koalition nachgefragt.**

„Wir möchten kein Prinzip Hoffnung mehr, das hatten wir lange genug“, sagte Burkhard Ziegler. Der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler meint damit die zurückliegende Zeit unter der Koalition aus SPD und Grünen. Besonders in den Jahren 2013 und 2014 sei in Mörfelden-Walldorf nicht konservativ genug geplant und der Haushalt zu weniger konsolidiert worden.

Daher müsse die neue Koalition im Rahmen des Schutzschirmprogramms nun den Betrag von fünf Millionen Euro zusätzlich aufbringen. Als dann auch noch die Schulumlage angehoben wurde, habe kein Weg an einer Grundsteuererhöhung vorbei geführt. Den Gang unter den Schutzschirm sieht Ziegler aber nicht als Fehler an. „Der Druck hat geholfen.“ Andernfalls hätten SPD und Grüne den Haushalt noch weniger konsolidiert, meinte er.

„Man kann sich nicht kaputt sparen“, erklärte Ziegler auf Alternativen angesprochen. Zwar solle weiterhin in jedem Amt nach Sparpotenzialen gesucht werden, allerdings stoße die Stadt an ihre Grenzen. In der Magistratsvorlage zur Grundsteuererhöhung heißt es, die städtischen Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen seien seit 2011 um fast 19 Prozent gesenkt worden.

Um mehr Geld in die Kasse zu bekommen, möchten die Freien Wähler nicht an die Gewerbesteuer ran, da man sich hier etwa in Konkurrenz zu Langen und Neu-Isenburg sieht, und Mörfelden-Walldorf für Unternehmen attraktiv halten möchte. Die größte Herausforderung sei es nun, wieder mehr Handlungsspielraum zu gewinnen und den Schutzschirm zu verlassen, betonte Ziegler. Dann könne die Grundsteuer wieder abgesenkt werden.

Bei der SPD bewertet man die Lage etwas anders. Fraktionsvorsitzender Alexander Best führte zwar auch die unerwarteten Mehrausgaben von 1,5 Millionen Euro bei der Schulumlage an, einen weiteren Grund sieht er aber in den nicht eingetretenen Steuerprognosen der Landesregierung. Die alte Koalition habe sich darauf verlassen und mit Steuereinnahmen gerechnet, die in dieser Höhe nicht eintraten. Diese „Fehleinschätzungen“ von SPD und Grünen trugen zur Verletzung der Schutzschirmvorgaben bei, so der Sozialdemokrat. Als Neuling im Parlament könne man es sich nun einfach machen und diesen Punkt kritisieren. „Natürlich haben wir damals aus der Überzeugung gehandelt, das Beste für die Stadt zu erreichen.“

Dabei sei in allen Ämtern gespart worden, und möglichst so, dass davon niemand etwas mitbekomme, sagte Best weiter. „Viele Menschen sagen mir, sie merken nichts vom Schutzschirm, weil keine Einrichtungen geschlossen wurden. Dann haben wir unseren Job wohl nicht so schlecht gemacht.“ Wie die Freien Wähler sieht auch die SPD kein großes Einsparpotenzial mehr im Haushalt. Die Luft habe man längst rausgelassen und etwa zehn Stellen weggefallen lassen. In Zukunft würden auch fünf Stellen im Bereich der Kinderbetreuung gestrichen.

„Man kann in ein paar Monaten keine neue Welt erschaffen“, erklärte FDP-Fraktionschef Carsten Röcken angesichts der veränderten Kräfteverhältnisse im Stadtparlament. Um die von der alten Koalition hinterlassenen Defizite auszuräumen, habe man die ganze Wahlzeit im Blick.

Dabei wolle man nicht alles den Grünen und ihrem Kämmerer Franz-Rudolf Urhahn aufdrücken, aber die ehemalige Regierungsmehrheit habe es auch selbst in der Hand gehabt. So seien Millionen Euro für Klagen gegen den Flughafen ausgegeben worden und auch über das eine oder andere Bauprojekt könne man diskutieren. „Es war ein Ausgabenproblem. Und das muss sich ändern“, betonte Röcken. Dies wolle die neue Koalition mit „realistischen Ansätzen“ im Haushalt angehen und dabei nicht den einfachsten Weg einschlagen. Dies habe Mörfelden-Walldorf in der Vergangenheit zu oft getan.

Grundsätzlich liege aber nicht alles im Einflussbereich der Stadtverwaltung, wie sich jüngst erst an der Schulumlage gezeigt habe. Mit Blick auf die Kreisebene kam Röcken auch auf das defizitär betriebene Krankenhaus in Groß-Gerau zu sprechen, das letztlich die Kommunen mitfinanzierten. Hier müsse sich Mörfelden-Walldorf klar positionieren und an seine eigenen Interessen denken, vor allem angesichts der Haushaltssituation. (seb)

### Durchschnitt:

Noch keine Bewertungen vorhanden

© 2011-2016 - Alle Rechte vorbehalten - Freitags-Anzeiger ist ein Produkt der MDV Mönchhof Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Tizianplatz 35, 64546 Mörfelden-Walldorf - Telefon: 06105/22001 - Telefax 06105/25486 - E-Mail:

[info@freitags-anzeiger.de](mailto:info@freitags-anzeiger.de)